

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gründet 1888

Verleger Dr. M.

Veröffentlichung, Druck und Verlag von Dr. M. Nagold (Nagold) Nagold

Verbreitung der Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.
Für den Vertrieb sind die Herren: ...
Telegraphische Adresse: Gesellschafter Nagold.
Postfachkonto: Stuttgart 6113.

Nr. 236

Dienstag den 9. Oktober 1923

57. Jahrgang

Tagespiegel

In der Sonntagsrede in Vigny-en Barrois ließ Poincaré seinem Deutschenhass wieder voll die Zügel schießen. Neues brachte er nicht vor.
Die Militärregierung in Spanien hat die Rekrutenzahl auf 78 000, also um 14 000 Mann herabgesetzt.
Tso Tsun ist zum Präsidenten der chinesischen Republik gewählt worden.

Ragenjammer

Das Ergebnis der Reise

Während Reichstanzler Stresemann sich abmühte, sein Kabinett aus dem Schiffbruch der großen Koalition in den stillen Kahn eines Geschäftsministeriums zu retten, hat der Wahlsinn der deutschen Papierwirtschaft unerhörte Fortschritte gemacht. Nach dem letzten Ausweis der Reichshauptkasse betrug die schwedende Reichsschuld Ende September 46 716 Billionen Mark. Kürzer ausgedrückt: 46,7 Milliarden. Unter diesen Ziffern kann sich der Normalmenschen nichts mehr vorstellen. Zum jetzigen Dollarkurs umgerechnet sind 46 Milliarden „nur“ ungefähr 400 Millionen Goldmark. Aber diese verhältnismäßig kleine Summe ist kein Trost, wenn man bedenkt, wie riesig verarmt das Reich ist und wie granatrot schnell die Schuldsumme wiederwächst. Die 46,7 Milliarden sind entstanden durch eine Vermehrung der schwedenden Schuld um 33,3 Milliarden. Was jetzt geliehen ist, stellt alles bisherige in den Schatten. Die Reichsbahn hat fast 10 000 Billionen abgehoben. Die Tarifpolitik der Reichsbahn führt also zu einem immer fürchterlicher werdenden Verschlag. Denn wenn der Eisenbahnminister vom Reichsbahndirektor täglich 1000 Billionen holen lassen muß, um den angeblich ausgeglichenen Wirtschaftsbetrieb aufrecht zu erhalten, kann von einer Gesundung nicht mehr die Rede sein.

Diese Ziffern, die sich in den letzten fünf Tagen wiederum vervielfacht haben, sind ein vollgültiger Beweis für den Zusammenbruch der Reichsfinanzverwaltung und der deutschen Finanzpolitik der letzten Wochen. Die steigenden Index-Zahlen auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, die unerträglich gewordenen Lebensmittelpreise geben dem Zusammenbruch den praktischen Ausdruck. Alle Volksteile, die nicht mit Goldverdienst und Edelaluta rechnen, können kaum noch mit den Rechenstrichen der täglichen, ja stündlichen Verteuerung. Die Regierung regiert mit dem Belagerungsversatz, mit der mobilisierten Reichswehr und der widerstandenen Kriegsgesinnung. Ein Pariser Blatt, das den deutschen Sommer mit dem lächerlichen Bild des rechnenden Kaufmanns betrachtet, nämlich die „Journal Industrielle“, schreibt in den nächsten Wochen werde Frankreich wahrscheinlich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands eingreifen müssen.

In dieser trostlosen Lage, wo jede Minute der politischen Arbeit kostbar ist, wurde die parlamentarische Regierung Stresemanns vom Parlamentarismus zu Fall gebracht. Der Anseh war freilich, daß die sozialdemokratische Fraktion es nicht wagte, in der Frage der Wehrpflicht die Arbeit ein eigenes Wort mit den Arbeitern zu sprechen, deren Führer sie sein will, daß sie vielmehr sich der Last der Wehrpflicht, daß die Arbeiter nicht willens sind, jetzt, wo es um alles geht, und wo jeder das Letzte zu der noch möglichen Rettung hergeben muß, sich auf die Seite zu stellen. Die Krise hat das Reich innerpolitisch in fürchterliche wirtschaftliche und politische Zustände und außenpolitisch in die Lage einer zweiten Versailles Kapitulation gebracht. Rasch ist zwar die Rede über die gekommen, die die teuerste aller Kriegen herausgeschworen haben. Man hat sich wieder „geeinigt“, nur die beiden, die den Wirtschafts- und den Finanzkaren des Reichs in ihrem ungläubigen Dilettantismus über die feile Bahn haben vollends hinunterfallen lassen, der Reichswirtschaftsminister v. Raumer und der Reichsfinanzminister Hilferding, sind auf der Strecke geblieben. Aber niemand bringt den Mut auf, dem zweiten Kabinett Stresemann eine lange Lebensdauer vorauszusagen. Dr. B.

Morel über die Schuldfrage

Einer der hervorragendsten Führer der englischen Arbeiterpartei, der bekannte E. D. Morel, Mitglied des Unterhauses, der gegenwärtig in München weilt, wurde von einem Vertreter der W. R. um seine Meinung darüber befragt, welche Politik die englische Regierung wohl jetzt nach Einstellung des passiven Widerstands im Ruhrgebiet einschlagen werde. Morel antwortete u. a.:
Die neue Lage macht es meines Erachtens der britischen Regierung mehr denn je zur Pflicht, einen weiteren Schritt nachwärts zu tun in der Richtung ihrer Note vom 11. August 1923 an Frankreich. Diese Note habe ich bekanntlich das Vorgehen Frankreichs gegen Deutschland sehr entschieden. D. (Schr.) In dem Wunsch, daß die politisch-wirtschaftliche Ord-

nung in Mitteleuropa im eigenen englischen Interesse wiederhergestellt werde, gibt es keine Meinungsverschiedenheit in England. Niemand wünscht einen Bruch mit Frankreich, aber ein überwiegender Teil der öffentlichen Meinung, die nicht auf eine Partei beschränkt ist, verweist die gegenwärtige französische Politik. Nun ist es zweifelhaft, ob die Unzuverlässigkeit groß genug wäre, die (britische) Regierung zu stürzen, falls sie die Lage sich selbst überlassen wollte. Aber die Verstimmung gegen diejenigen Einflüsse, die eine Fortsetzung der jetzigen Verwirrung erzeugen, wird zunehmen. Die britische Regierung hat ihre Mißbilligung der Ruhrbesetzung so klar zum Ausdruck gebracht, daß sie einer dauernden Befehung unmöglich zustimmen kann, ausgenommen natürlich, daß die Deutschen selbst durch Vorkommnisse-Bewegungen den Franzosen in die Hände arbeiten. Das würde für Deutschland Selbstmord bedeuten. Ebenso selbstmörderisch erschien es mir, wenn sich bei der gegenwärtigen Lage die Verweisung Deutschlands zu einer bewaffneten Erhebung gegen die Franzosen hinreißen ließe. Eine ungezügelt nationale Einheit mit einer entschlossenen Diplomatie sind die besten Waffen, eine schlechte Erlösung aus der langen Leidenszeit zu finden.

Das Haupthindernis für eine gerechte Beurteilung und Behandlung Deutschlands liegt in dem immer noch vorherrschenden Glauben, daß der Weltkrieg durch bewusste Verhinderung der alten Regierung Deutschlands gemacht worden und daß Deutschland der Schuldige sei, daß also Deutschland für ein Verbrechen büße. Und wie sollte es auch anders sein, da doch von Deutschland diese Verschuldung im Vertrag von Versailles unterzeichnet worden ist! Ich behaupte ohne Zögern, daß die von der öffentlichen Meinung der Verbündeten gebildeten schändlichen Bestimmungen des Vertrags von Versailles und die allgemeine Behandlung Deutschlands seit dem Waffenstillstand, auf diesem eingewurzelten Glauben beruhen. Die Frage der Kriegsschuld ist das grundlegende Hindernis für eine Verständigung der Völker und den Wiederaufbau. Und es ist ganz unmöglich, diese Frage zu begraben, denn sie ist ein dauernd wirksamer Beweggrund in der geistigen Einstellung von Millionen Menschen. Die öffentliche Meinung in England fällt mehr und mehr, daß die Regeln des Fair Play (Anstand, Recht und Billigkeit) Deutschland gegenüber verstoßen worden sind. Der passive Widerstand im Ruhrgebiet hat Deutschland einen guten Teil der Achtung wiedergewonnen, die es seit dem Vertrag von Versailles durch seine verfehlte diplomatische Haltung eingebüßt hat. In England herrscht wieder mehr freundliches Gefühl gegen Deutschland zusammen mit dem unbegreiflichen Gefühl, daß es mitschuldig an der ungerichten und falschen Behandlung Deutschlands.

Die Brotversorgung im Reichsrat

Erhöhung der Getreiderücklage, neue Getreideumlage

Berlin, 8. Okt. Der Reichsrat hat, teilweise unter wesentlicher Abänderung der Regierungsvorlage, zur Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 folgende Beschlüsse gefaßt: Die Getreiderücklage wird von 2,50 auf 3,50 Millionen Tonnen erhöht. Die Ueberflus-Kommunaloerhöbungen sollen vermindert sein, bestimmte Mengen, deren Höhe die Reichsgetreidestelle festsetzt, abzuliefern; für diese Mengen soll in den betreffenden Verbänden das Umlageverfahren wieder eingeführt werden. Die Kommunaloerhöbungen werden ermächtigt, den Verbrauch und die Verteilung des Getreides aus den Rüdten an die Bäcker und die Verbraucher durch Vorschriften zu regeln und zu überwachen. Für einzelne Gebiete muß die Marktvorsorgung beschaffen werden. Im Fall einer Vorkauf wegen Vorkauf von Brotgetreide muß das betreffende Vieh beschlagnahmt werden.

Die Vertreter der Reichsregierung und Bayerns wendeten ein, daß die preussischen Anträge (Erhöhung der Rücklage auf 3 1/2 Millionen Tonnen und Wiedereinführung der Getreideumlage, Beschlagnahme des Viehs), die Beschaffung der Rücklage und die Mitwirkung der Landwirtschaft erschweren werden. Der Vertreter Württembergs hielt die Durchführung nicht für möglich, und er stellte den Vermittlungsantrag, auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme in einzelnen Kommunaloerhöbungen eine Getreideumlage auszusprechen. Die preussischen Anträge wurden jedoch mit 41 gegen 27 Stimmen angenommen.

Ein Antrag Hamburgs und Hessens, die Brotmarktvorsorgung bis 31. Dezember bzw. 1. Dezember d. J. allgemein zu verlängern, wurde mit 44 gegen 42 Stimmen abgelehnt. Die Brotmarktvorsorgung somit am 15. Oktober ihr Ende, abgesehen von gewissen Kommunaloerhöbungen mit besonderen Verhältnissen.

Ein weiterer Antrag der preussischen Regierung, den Bäckern die Beimischung eines gewissen Prozentsatzes von falschem Mehl zum Brot zu gestatten, wurde mit 35 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten u. a. Bayern, Württemberg und Baden.

Ein Antrag Preußens, daß der Erlös des wegen Getreidefütterung beschlagnahmten Viehs zur Brotversorgung zu verwenden sei, wurde mit 43 gegen 30 Stimmen angenommen, ein Antrag, daß in solchen Fällen das Vieh nicht eingezogen werden müsse, sondern nur eingezogen werden könne, wurde mit 38 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Neue Nachrichten

Das Programm des Reichsfinanzministers

Berlin, 8. Okt. Zu einem Vertreter der „Zeit“, äußerte sich der neue Reichsfinanzminister Dr. Luther: Nachdem der Reichstag beschlossen ist, durch ein Ermächtigungsgesetz auch gerade auf finanziellen Gebiet der Regierung größte Vollmachten zu geben, wird das deutsche Volk mit Recht erwarten, daß nunmehr die Zeit des Lebens vorbei ist und daß gehandelt wird. Die Regierung rechnet auf die Unterstützung aller staats-erhaltenden Kreise in ihrem Bestreben, das Wohl des gesamten Volkes über Sonderinteressen zu stellen. Im Vordergrund steht die Schaffung eines wert- beständigen Zahlungsmittels, wofür eine Vor- lage ja schon vorhanden ist, dazu die zahlreichsten Steuer- fragen, die fast alle in Fruch sind. Dabei kommt es nicht nur darauf an, daß die Einnahmen des Reichs auf jeden Fall die Ausgaben decken müssen, sondern die Steuern müssen auch so sein, daß sie einfach zu ver- walten sind, also geringe Unkosten hervorgerufen. Sehr wichtig ist ferner die Befreiung des jetzigen Zustands, wo- nach die Länder und Gemeinden fast nur noch als Kostgänger des Reichs leben. Ein noch so gutes Steuer- system aber nützt gar nichts, wenn nicht 1) die Aus- gaben des Reichs ganz außerordentlich eingeschränkt und 2) die Produktion unserer Volkswirtschaft ganz erheblich gesteigert wird. Das deutsche Volk muß jetzt seine ganzen körperlichen und geistigen Kräfte anspan- nen, damit auf der ganzen Linie des Wirtschaftslebens mehr geleistet wird. Dann werden alle Waren billiger werden. Wir werden wieder Lebensmittel in der erforderlichen Menge einführen können. Die große Sorge um das täg- liche Brot wird schwinden, wenn einmal die durch den un- glücklichlichen Ausgang des Weltkriegs um zur Last gehaltenen Belastungen auf ein tragbares Maß zurückgeführt sind. Erste Voraussetzung dafür ist die freie Verfügung über Ruhr und Rhein und über die dortigen großen wirtschaftlichen Möglichkeiten. Das eigentliche Ziel bleibt also die Befreiung von Ruhr und Rhein, für die das volles Gedulde Wollen des ganzen deutschen Volkes sich einsetzt.

Neuer Kurs?

Berlin, 8. Okt. In einem Artikel der „Zeit“, dem Blatt Stresemanns, wird beklagt, daß Frankreich und Belgien trotz dem weitgehenden Entgegenkommen Deutschlands im Ruhrgebiet eine durchaus feindselige Haltung beobachten. Wenn sich dies nicht ändere, so entstehe für die Reichsregie- rung eine ganz neue Lage. Sie steht vor der Frage, ob alle Veruche, nach Einstellung des passiven Widerstands zu Verhandlungen zu kommen, mißglückt sind. Es bestehen also zwischen Deutschland und Frankreich überhaupt keine Beziehungen mehr. Daraus müsse die Reichsregie- rung ihre Schlüsse ziehen. Es werde sich nicht vermeiden lassen, daß Frankreich in naher Zukunft die Quittung für das Hintertreiben aller Verhandlungsversuche erhalte. — Worin die Quittung bestehen wird, sagt der Artikel nicht.

Weitere 500 000 Billionen Betriebskredit

Berlin, 8. Okt. Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat die vierte Nachtragsgesetzgebung der Regierung, den Betriebskredit des Reichs um weitere 500 000 Billionen Mark zu erhöhen, bewilligt. Der Regierungsvorleiter führte u. a. aus, die Kosten der Getreiderücklage zur Sicherung der Brot- versorgung betragen für eine Million Tonnen Getreide 84 Millionen holländische Gulden. Inzwischen habe sich der Marktwert so verschlechtert, daß der weitere Kreditbedarf für die Beschaffung der Rücklage sich auf rund 30 000 Billionen Mark belaufe.

Der rote Bloß

Berlin, 8. Okt. In einer Besprechung der sächsischen und thüringischen Minister im Volkshaus in Leipzig wurde den Ministern zufolge der „rote Bloß“ für die beiden Länder vereinbart, nachdem die Sozialdemokratie die Bedingungen der Kommunisten angenommen hatten. Letztere werden in die Regierungen von Sachsen und Thüringen einziehen. — Wie die „Montagspost“ erfährt, hat der Reichstanzler wegen der Gefahren, die durch diese politische Entwicklung in Mittel- deutschland dem Reich entstehen, den Ministerpräsidenten Zeigner (Sachsen) und den Minister Fröhlich (Weimar) zu einer Unterredung nach Berlin gebeten.

Der Billionenraub

Düsseldorf, 8. Okt. Nach Havas sind in letzter Woche von den Franzosen und Belgiern im besetzten Gebiet 125 Billionen Mark „beschlagnahmt“ worden.

Berlin, 8. Okt. Im Haushaltsauschuss des Reichstags teilte ein Regierungsvorsteher auf Anfrage mit, dass der Schatzwert der von den Franzosen und Belgiern beschlagnahmten und erpressten „Lieferungen“ an Kohlen, Koks, Leinwand, Holz, chemischen Erzeugnissen, Farben usw. bis Ende September sich auf 800 Millionen Mark beläuft. Die beschlagnahmten Gelder sind hierin nicht inbegriffen.

Die Vertreter der Handelskammer von Essen haben gestern Fühlung mit den französischen Behörden genommen im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Arbeit und der wirtschaftlichen Tätigkeit.

Ausweisung der Schatzpolizei

Düsseldorf, 8. Okt. Wie Savas berichtet, haben die französischen Behörden gestern 200 Schatzpolizeute aus Düsseldorf ausgewiesen, die mittelbar in die Zwischenfälle in Düsseldorf verwickelt sind. 120 andere bleiben in Haft, da sie in die Zwischenfälle verwickelt sind.

Wieder ein Geistlicher verhaftet

ep. Dortmund, 8. Okt. Der Leiter des Rheinischen Evang. Presbyteriums, eines völlig apolitischen Unternehmens, ist von den Franzosen verhaftet worden. Ueber die Gründe ist nichts bekannt.

Wiederaufnahme edes Rheinverkehrs

Paris, 8. Okt. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, hat die Rheinisch-Belgische Gesellschaft, die während des passiven Widerstands vollkommen ruhte, den Verkehr in gewissem Umfang wieder aufgenommen. Der Verkehr erreicht augenblicklich ungefährt schon 50 Prozent im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wäher hatten die holländischen Schiffsfahrtslinien den Dienst verkehren.

Ruhigende

Die Schleswig-holsteinischen Meiereien haben an den Magistrat in Köln einen weiteren Eisenbahnwagen mit Butter zur Verteilung an die Ruhrbevölkerung abgefordert.

Stimmes bei Degoutte

Paris, 8. Okt. Der „Temps“ berichtet, Hugo Stinnes und drei andere hervorragende Vertreter der rheinisch-westfälischen Industrie haben mit dem General Degoutte in Düsseldorf eine Unterredung gehabt. Auf die Frage Degouttes, ob die Industrie bereit sei, die von Frankreich und Belgien verlangten Steuern, besonders die Kohlensteuer zu bezahlen, haben die Industrievertreter die Entrichtung der Steuern nicht grundsätzlich abgelehnt, die Steuern seien aber zu hoch. Zur Befreiung von Kohlen usw. könne sie sich nicht verpflichten ohne die Sicherheit, daß die Reichsregierung sie bezahle. Nach gewissen Auskünften, wird dem Blatt aus Brüssel weiter gemeldet, könne man zu einer Verständigung gelangen, indem man zuerst die unbedingte Wiederaufnahme der Sachlieferungen fordere und alsdann den Industriellen gestatte, einen gewissen Teil ihrer Erzeugung für eigene Rechnung zu verkaufen, wenn die Steuern bezahlt werden.

Der Berichterstatter des „Journal des Debats“ will wissen, Stinnes habe gefordert, wenn eine (Verbands-) Gesellschaft zur Ausbeutung der Bohnen des besetzten Gebietes gegründet werden sollte, so wolle die Industrie an der Gesellschaft beteiligt sein. Im übrigen sei es nicht Sache Frankreichs, sich in „innerdeutsche“ Angelegenheiten sozialer und politischer Art (Wahlrecht, Lohnregelung, Kohlensteuer) einzumischen, und die Generale seien nicht die geeignete Stelle, den Wunsch der deutschen Industrie zu erfüllen.

Die Berliner „Montagspost“ schreibt, die Vertreter der Industrie haben nicht im Auftrag der Reichsregierung verhandelt, sie haben auch keine Anweisungen des Reichskanzlers gehabt.

Frankreichs Vorstoß beim Vatikan

Rom, 8. Okt. Das Nachrichtenbureau Volta berichtet, der französische General Castellau habe bei seinem Besuch beim Papst bestimmen sollen, die Befehle der deutschen Gebietsbehörden zu unterstützen, daß die katholische Geistlichkeit von der Kölner Diözese losgelöst werde. Der Vatikan habe das Ansinnen abgelehnt.

Keine politische Vereidigung

Paris, 8. Okt. Der „Temps“ berichtet, die Eidesformel, die den deutschen Eisenbahnern der besetzten Gebiete auferlegt wurde, sei abgeändert und beziehe sich nur noch auf die gewissenhafte Ausübung des Berufs, nicht mehr auf ihre politische Haltung. — So viel haben die Eisenbahner durch ihren Widerstand wenigstens erreicht.

Neue Marktlösung?

Berlin, 8. Okt. In vertraulichen Besprechungen über eine neue Marktlösung wurden Bank- und Währungssachverständige ins Reichskanzlerpalais geladen. Auch Reichsbankpräsident Havenstein war anwesend.

Deutscher Reichstag

Die Reden des Reichskanzlers

Berlin, 6. Oktober.

Reichskanzler Dr. Stresemann (fortfahrend): Unsere Angebote sind das Weitestgehende, was jemals ein Volk angeboten hat. Sie gehen weit hinaus über den Versailles Vertrag. Trotzdem sind auch diese weitgehenden Angebote nicht irgendwie bisher die Grundlage gewesen für weitere Verhandlungen. Frankreich weiß ganz genau, daß es jederzeit in der Lage war, von uns Einzelheiten zu erhalten. Wir haben nicht aufgegeben die Forderung der Wiederverfügung über das Ruhrgebiet. Wir werden niemals aufgeben den Kampf um die Menschenrechte der Bevölkerung. Unsere Anfrage über die Wiederherstellung geordneter Zustände im besetzten Gebiet ist bisher nicht beantwortet worden. Wir werden sie wiederholen. Unser Ist der Boden, unser Ist das Land, unser Ist die Hoheit in diesem Land. (Stürmischer Beifall.) Sind die Erklärungen richtig, die der französische Ministerpräsident Herr Baldwin gegeben haben soll, daß er keine Annerkennung, keine Beeinträchtigung gebietlicher Hoheitsrechte

will, dann hat er jetzt die beste Gelegenheit, vor der ganzen Welt die Zweifel zum Verstummen zu bringen. Man spricht davon, die deutsche Regierung müsse erst ihren guten Willen zeigen. Dagegen darf ich fragen: Was soll Deutschland darüber hinaus zu leisten anbieten?

Aber es gibt eine Grenze der Geduld des deutschen Volks. Die nationale Erregung über den Ausgang des Ruhrkampfes ist nur zu begreiflich. Bedauerlich aber ist die Verweigerung zwischen der Idee der Aufgabe des passiven Widerstands mit der der Aufgabe des Kampfes für Freiheit und Recht. Jetzt ist es unverantwortlich, Versatzfragen, Parteifragen, dynastische Fragen aufzurollen. Die vom Reich verfügte Verlängerung des Ausnahmestandes ist ein Verstoß gegen die Verfassung der Regierung, ihre Stellung innerpolitisch zu verbessern. Die bayerische Regierung hat zur Verlängerung des Ausnahmestandes schreiben müssen. (Lebhafte Rufe bei den Kommunisten: Wissen! Es kapituliert vor Ruhr wie vor Voincoré!) Ich glaube, die Bewegung in Bayern, die mit dem Marsch auf Berlin droht, hat durchaus die Notwendigkeit zu einem Ausnahmezustand ergeben. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß Reichsrecht vor Landesrecht geht. Das gilt auch für den vom Reich verhängten Ausnahmezustand. Wir würden die besondere Lage in Bayern und hoffen, daß es uns gelingen wird, bei dem Nebeneinanderbestehen beider Verordnungen das Recht des Reichs zu schützen. (Rufe links: Kapitulation vor Bayern!) Wir müssen der Jägelligkeit ein Ende machen, mit der die Autorität des Reichspräsidenten und des Reichs ständig untergraben wird. Welche Parteien an der Regierung sind, das ist eine Episode, aber ab das Deutsche Reich bleibt, das ist eine Epoche der Geschichte. Die Reichswehr, die bei der Niederschlagung des Kistner Putsch ihre Zuverlässigkeit so glänzend bewährt hat, muß aus dem politischen Kampf herausgelassen werden, wie wir auch verlangen, daß sie sich von der Politik fernhält. Die Reichswehr ist nicht das Instrument bestimmter Parteien. (Widerpruch bei den Kommunisten.) Es muß aufs schärfste verurteilt werden, wenn der Münchener „Völkische Beobachter“ die nationale Bestimmung des Chefs der Heeresleitung, General v. Seeckt, zu verdächtigen wagt. Es kann auch nicht angehen, daß einzelne Länder für sich Steuererleichterungen verlangen. Besonders Härten werden geistlich gemildert. Wir müssen eine grundlegende Änderung des finanziellen Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden schaffen. Die Länder müssen für ihre Ausgaben selbst die Verantwortung tragen und dazu brauchen sie auch eigene Steuerquellen. Daneben muß eine Einschränkung der Ausgaben vor sich gehen. Es dürfen keine Gesetze verabschiedet werden, die neue Belastungen bringen, keine neuen Behörden- und Beamtenstellen geschaffen werden. Wir brauchen einen Abbau der alten Gesetze und der Verwaltung. Die Fragen der Währungsreform, an denen wir eifrig arbeiten, werden ihre volle Lösung erst finden mit der Gesundung der Wirtschaft selber.

Wir wollen die Wehrpflicht des Besitzes (Lohnen bei den Kommunisten) und ein Eingreifen in die Preisbildung, die bei uns unerträgliche Formen angenommen hat. Es geht nicht länger an, daß durch Syndikate, Kartelle, Preisabschlüsse die Kräfte unserer Wirtschaft zerlegt werden, die uns einst den Weltmarkt erobert haben. Andererseits richten wir an die Arbeiter, Angestellten und Beamten den Ruf zur Mäßigkeit, sei es im Weg freier Vereinbarung, sei es nötigenfalls durch behördliche Anordnung. (Lärm bei den Kommunisten.) Wir können die dringenden Maßnahmen, die die Not der Zeit erfordert, nicht mit dem jetzigen parlamentarischen Apparat erledigen. (Rufe bei den Komm.: Sie wollen mit dem Belagerungsstaat gegen die Arbeiter regieren.) Es liegt an Ihnen (zu den Komm.), ob der Belagerungsstaat gegen Sie angewandt wird. (Großer Lärm. Abg. Remmels erhält wegen des Rufs „Heudler“ den zweiten Ordnungsruf.) Der Ausnahmezustand ist verhängt gegen die umstürzlerischen Tendenzen, die das Reich gefährden, und er wird gegen sie mit aller Schärfe angewandt werden. (Lebhafte Beifall.)

Die Aussprache zur Regierungserklärung

Berlin, 8. Okt.

Zur Erklärung des Reichskanzlers am 6. Oktober ergreift das Wort Abg. Dr. Breitheid (Soz.): Die Krise der letzten Woche sei völlig überraschend gekommen. Dieser Vorstoß müsse noch geklärt und sein Urheber festgestellt werden. Aber die Sozialdemokratische Fraktion steht diesem Kabinett mit ganz anderen Empfindungen gegenüber als vor einer Woche. Wir billigen die Aufgabe des passiven Widerstands, weil er finanziell nicht mehr zu tragen war. Das Kabinett Cuno trifft der schwere Vorwurf, daß es das deutsche Volk über die Tatsachen im Dunkeln gehalten hat. Dazu kam eine gewisse Demoralisation im Ruhrgebiet. Die aus der Staatskasse überwiesenen Mittel wurden von gewissen Kreisen zum Kampf gegen das deutsche Volk und die deutsche Währung verwendet. (Unruhe rechts, Zuruf des Abg. Dr. Helfferich: Nomen und Beweise.) Von der Wahrscheinlichkeit des Bedenkens eines Kriegs gegen Frankreich müssen die Deutschnationalen selbst überzeugt sein. (Unruhe rechts.) Der Redner fordert von der Regierung Aufklärung, ob England zu irgend einem Zeitpunkt der deutschen Regierung die Aufgabe des passiven Widerstands empfohlen habe. Das Rheinland ist deutsch und muß deutsch bleiben. Die Regierung darf nichts unterlassen, um mit Frankreich zu einer direkten Verständigung zu kommen. Der Kistner Putsch sei eine Episode einer groß angelegten Bewegung, die glücklicherweise nicht zum Ausbruch gekommen sei. Die Reichswehr habe sich bewährt. Sie müsse ein Instrument der Republik sein. In Bayern ist einzuweisen der schwarz-weiß-rote Teufel durch den weiß-blauen Beizehub ausgetrieben worden. Hitler und Ruhr sind gefährliche Feinde der Republik. Die bayerischen Ausnahmeverordnungen haben einen standstilligen, völlig unerträglichen Zustand geschaffen. Die Frage Reich und Bayern ist eine Wachfrage. Die Regierung darf dem unannehmlichen Konflikt nicht ausweichen. Zu empfehlen sei lieber eine Diktatur des Parlaments. Der Redner erklärt, daß seine Partei an dem Achttundentag nicht rütteln lasse. Seine Partei sei zum Kampf mit jenen gerückt, die die Sozialdemokratie aus der Regierung drängen wollten.

Abg. Bell (Zentr.) spricht von bitteren Erfahrungen, die seine Partei in der letzten Woche gesammelt habe. Der Reichstag habe in dieser Krise den Befähigungsnachweis wirklich nicht erbracht. Die Juridhol-

tung, die der Kanzler sich Bayern gegenüber auferlegt hat, begrüßt der Redner. Der berechtigten Eigenart der süddeutschen Länder, besonders Bayerns, muß Rechnung getragen werden. Durch das Ermächtigungsgesetz darf sich das Parlament durchaus nicht ausschalten. Die Souveränität der Volksvertretung darf nicht in andere Hände übergehen. Am Ausblühen unserer Wirtschaft haben alle Volksteile Interesse, aber es ist notwendig, daß in den Kreisen der Großindustrie der Gedanke des Gemeinwohls mehr in Erscheinung tritt. Es muß besonders in die ungeliebte Preisbildung jener Produkte eingegriffen werden, die die Preise in der ganzen Wirtschaft beeinflussen. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit sei daher notwendig. Der passive Widerstand bleibt ein Ruhmesblatt für die Bevölkerung an Rhein und Ruhr und für die Geschichte des Deutschen Reichs. Wir sind zu Verhandlungen bereit. Die Rheinlande erwarten, daß keine Gelegenheit verpaßt wird, zu einer Verständigung mit den Bayern zu kommen. Wir wollen und werden die Rheinlande nie im Stich lassen.

Württemberg

Stuttgart, 8. Okt. 9 Milliarden Geldstrafe. Der Angestellte eines hiesigen Weißwarengeschäfts betrieb mit einem Angestellten eines Feinkostwarengeschäfts, je auf „Geschäftskosten“, einen Lauschkontrakt, der einen erheblichen Umfang annahm. Der Weißwarenlieferant ist bisher unbestraft, und diesem Umstand hat er es zu danken, daß er nicht einen Monat hinter Schloß und Riegel kommt. Dafür hat er eine Buße von 9 Milliarden Mark zu zahlen.

Stuttgart, 8. Okt. Die Demotraitie zur Lage. In einer Landesauschussung der Deutschen demokratischen Partei Württembergs wurde eine Entschliessung angenommen, die die Aufgabe des passiven Widerstands billigt, jedoch das Unrecht an der Ruhr als Unrecht brandmarkt, das Tragelbnis zum Reich und seiner republikanischen Verfassung erneuert und die Erneuerung der großen Koalition in der Reichsregierung begrüßt.

Veranstaltungsvorbehalt. Eine von der Friedensgesellschaft veranstaltete Vortragsreihe des pazifistischen Generals a. D. Jhr. v. Schönaich in Württemberg wurde, lt. „Schwäbischer Landwacht“, vom Ministerium des Innern mit der Begründung verboten, daß Störungen befürchtet werden könnten in Hinblick auf die Vorkommnisse bei den letzten Versammlungen der Deutschen Friedensgesellschaft in Württemberg.

Leuberg, 8. Okt. Der Viehstand. Die Viehzählung ergab gegenüber der im Vorjahr vorgenommenen Zählung bei Rindvieh einen Zuwachs von 14 Stück, bei Schafen einen Abgang von 18 Stück, bei Schweinen einen Zuwachs von 131 Stück, bei Ziegen einen Zuwachs von 34 Stück.

Besigheim, 8. Okt. Leuere Birnen. Ein Bürger kaufte in Walheim einen Armkorb voll Pfäfersbirnen. Gewicht 20 Pfund zu 4 Mk., gleich 80 Millionen; laut Zählung 183 Stück, es kommt also eine Birne auf 437 267,5 M.

Reckarsulm, 8. Okt. Nichts ist zu schwer. Bei den Kanalarbeiten zwischen hier und Kochendorf wurde aus einer Baubude ein 7,5 Pferdestärke Elektromotor im Gewicht von 140 Kilo gestohlen.

Ulm, 8. Okt. Die Schlacht am Wolfischkeller in Öpplingen. Nach fünftägiger Verhandlung hat die Strafkammer das Urteil gegen die wegen Landfriedensbruchs Angeklagten aus der Schlacht am Wolfischkeller gesprochen. Es lautet bei Rehbach, Westf. Leimister, Knödler, D. Plank, Stoll, Lang, Wankle, Meitmann, Weidle, Eger, Böhm auf Freisprechung. Manz, Zimmermann, W. Plank, Seig, Volmer, Bluerle, Hafner, Nagel wurden zu der geschlichen Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt und der jugendliche König zu 4 Wochen Gefängnis wegen Körperverletzung. Das Verfahren gegen Mühlhäuser wurde an das Schwurgericht verwiesen.

Heidenheim, 8. Okt. Petriheil. Bei dem in den letzten Tagen nach mehrjähriger Pause vorgenommenen Ausschleusen des Sees in Igelberg wurde neben sonstigen schweren Exemplaren ein Hecht im Gewicht von 22 Pfund gefangen.

Schnailheim a. Br., 8. Okt. Betriebseinstellung. Die „Rhemania“ stellt den Betrieb in dem von der Stadt gepachteten Steinbruch bis auf weiteres ein.

Schoffsch, 8. Okt. Freudenstadt, 8. Okt. Sich selbst gerichtet. Die Landjägermannschaft stellte zwei Einbrecher, den Josef Abberger von Dettlingen und den Georg Schlitten aus Hirschweiler, die Diebstähle in Höhe von mehreren Milliarden verübt hatten. Schlittenheim schoß auf den Landjäger Wüh von Dornstetten und verwundete ihn am Arm, als er sich aber in die Enge getrieben sah, erschöß er sich selbst.

Oberndorf, 8. Okt. Brand durch Einbrecher. Beim Versuch, in dem der Gemeinde Binzeln gehörigen Rotorschluppen Benzin zu stehlen, geriet dieses in Brand, wodurch der ganze Schluppen zerstört wurde. Einer der drei Einbrecher erlitt Brandwunden, was die Verhaftung des Diebstahls ermöglichte.

Schwennangen, 8. Okt. Besitzwechsel. Der Gemeinderat hat den Gasthof z. Röhle um 30 000 Dollar angekauft. Der Gasthofbetrieb soll in etwas beschränktem Maß weiterbetrieben werden, außerdem sollen in das Gebäude die Stadtkirche und einige städtische Kassen verlegt werden. Talsheim, 8. Okt. Ein altes Fürstengrab. Beim Sprengen eines Eisenstumpfes, der sich am Fuß des Duffens befand, wurde in einer Höhlung eine alte Aschen-urne, sowie einige alte Bronzewaffen und sonstige wertvolle Altertümer gefunden. Wie vermutet wird, ist es ein altes alemannisches Fürstengrab. Die Fundstücke liegen jetzt auf dem Talsheimer Rathaus, sollen aber später an das Stuttgarter Landesmuseum verkauft werden.

Vom Bodensee, 8. Okt. Ripengläden. Freitag war wieder ein schönes Alpenglücken zu sehen, das jedem Beobachter entzückte. Die höchsten Gipfel strahlten in feurigem Rot vom Säntis bis zum Widderstein.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 9. Oktober 1923.

„Onkel Bräsig in Ragold. Wir machen nochmals auf das Gastspiel des erfolgreichsten „Onkel Bräsig“, Darstellers, Herrn Anton Reiger-Wiesbaden aufmerksam, das heute abend

von 1000 Mark als Beitrag zur Beschaffung von neuen Schläuchen. An Dienstmarken hatte laut „Mühlbacher Anzeiger“, das Bezirksamt 250 000 Mark für die Geldüberweisung anzuwenden.

Bagners ältester Baum, die 3000 Jahre alte Wildenberger Buche bei Kulmbach im Frankenwald wurde gefällt. Sie gibt über dreißig Fuder Holz.

Wertbesändige Belohnung. Einem Gutspächter bei Pöschel in Thüringen ist eine Maschine gestohlen worden. Als Belohnung für die Wiederbeschaffung bietet der Bestohlene ein Schlachtschwein von 2 Zentner oder eine gleichwertige Menge Weizen.

Zu schwerem Verlast kam ein Hilfspostschaffner in Berlin, der auf einem Postamt versehentlich beim Auszahlen von Renten ein Päckchen mit 40 Milliarden statt 40 Millionen und ein anderes mit 5000 Millionen statt 500 Millionen Mi ausgab.

Milde Strafe. Der frühere Proturist einer Berliner Firma hatte in seiner Stellung 2 Millionen Mark unterschlagen. Er wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Anzeigen auf Briefmarken. Die italienische Regierung hat einer Gesellschaft die Erlaubnis übertragen, Anzeigen auf Briefmarken zu drucken; sie muß ihr dafür 60 Prozent des Wertes und eine jährliche Mindestsumme zahlen. Für die Briefmarkenanwender aber erhebt sich die schwierige Frage, ob zwei Briefmarken derselben Ausgabe, auf denen verschiedene Anzeigen stehen, als zwei besondere Marken gesammelt werden können.

Eine römische Stadt gefunden. Auf der Festung Cole de Danana des Königs von Spanien hat Professor Schultze durch Ausgrabungen die Reste einer altrömischen Stadt Larissa entdeckt. Schulte hatte im Frühommer die Reste einer anderen römischen Stadt in Spanien bloßgelegt.

Handelsnachrichten

Dollar Kurs am 8. Okt. 840 005 000 (5. Okt. 601 500 000), Höchststand 902 250 000.

Der Wert einer Million Mark in Pfennigen am 5. Okt. in Holland 6,7, Belgien 2,7, Norwegen 1,2, Dänemark 1,1, Schweden 0,7, Italien 3,0, London 0,4, Neupost 0,7, Paris 2,3, Schweiz 0,7, Spanien 1,0.

Goldmarkkurs der Reichsbank am 5. Oktober 2 752 512 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück.

Goldmarkkurs vom 10. bis 12. Oktober 13 690 690 000 Proz. (eine Goldmark gleich 137 Millionen Papiermark), 6. bis 9. Okt. 6 680 990 000 Prozent (Goldmark gleich 66,9 Millionen).

Kündigung von Stadtschulden. Einige Stadtverwaltungen in Thüringen haben die Stadtschulden gekündigt und wollen sie im 100fachen Betrag des Nennwerts zurückzahlen. Da aber eine frühere Goldmark einen Wert von derzeit 36 Millionen hat, wird gewarnt, darauf einzugehen, da keine Stadt das Recht habe, die Gläubiger um ihr wohlerworbenes Recht und ihr Guthaben zu bringen.

Berliner Zahlen. Preise in Millionen Mark vom 7. bis 13. Oktober für Gas 30 d. Kubikm., Strom 60, Wasser 30 d. Kubikm., Milch 20 d. L., Roggenmehl 7,4, Zucker 51,5 d. Vid., Mehl, Einheitserschleider 1800.

Stuttgarter Börse, 8. Okt. Die Kurse gingen heute wieder stürzisch in die Höhe, veranlaßt durch den neuen starken Marktzug. Die Nachfrage war recht bedeutend bei ganz geringem Angebot. Nach der Nacht der Festverzinslichen verkehrte weiter in sehr fester Haltung bei stark anziehenden Kursen. — Bankaktien (in Millionen Prozent): Hypothekbank 160 (150), Vereinsbank 225 (180), Notenbank 1200, Brauereiaktien: Ravensburg 120 (100), Schlinger 300 (350), Reffenmeyer 450 (400), Hohenjoller 450 (400), Walle 250 (100), Pfauen 80, Metallaktien: Feinmechanik 3000 (1850), Andreas Koch 1200 (850), Höbner 2100 (1500), Gebr. Janghaus 1100 (500), Metallwaren 3000 (1350), Spinnereiernte: Erlangen 800 (600), Unterhausen 2000 (1700), Weiskelme 2500 (2200), Kolb-Schule 9000 (6000), Pferse 1000 (850), Kuchen 950 (750), Filz 1800 (1500), Wolledern Weiderradt 800 (600), Rattus 2000 (1200), Leinenindustrie 2000 (1200), Kottner 1200, Geld, Schlingen —, Wafelnaktien: Palmier 250, Laupheimer 2000 (1200), Magirus 250 (175), Schlingen 550 (300), Weingarten 1000 (750), Hesser 400, Alie Redarhulmer 450 (375), Junge rd. 410, Lebrige Werte: Hain 4000 (2150), Zementwerk Heidelberg 1000 (850), Bremen-Besigheimer 1000 (1050), Deutsche Verlagsanstalt 550 (450), Kaiser Otto 580 (550), Knopfabrik Schorndorf 500 (250), Knorr 500 (400), Rön-Postweil 2000, Leibbrand 150 (100), Kraftwerk Mühlstättleberg 750 (550), Krumm 250 (190), Seht Wachenheim 800 (625), Salzwerk Heilbronn 10 000 (10 000), Stuttgarter Bäckermühle 500, Stuttgarter Vereinsbuchdruckerei 70, Stuttg. Zucker 890 (700), Union Deutsche Verlagsgesellschaft 400 (300), Mannheimer Del 1400 (900), Teanort 250 (150), Ziegelwerke Ludwigsburg 500 (350), Weltl. Vereinsbank.

Stuttgart, 8. Okt. Landesproduktionsbörse. Die Preise für Getreide, Obst und Gemüse sind heute wieder stark gestiegen. Angebot schwach, da die Landwirte mit Herbstbestellung der Felder beschäftigt. Käufer zurückhaltend infolge Mangels der Betriebsmittel und des Risikos bei dem enormen Preisen. — Weizen 2400—2700, Sommergerste 2000—2200, Roggen 2000—2300, Hafer 1400—1600, Weizenmehl Nr. 0 5500 bis 6000, Brotmehl 5000—5400, Kleie 800—900, Weizenkleie 400 bis 450, Aalechen 500—600, Stroh drahtgepr. 400—450 in Millionen Mark für 100 kg.

Berliner Getreidepreise am 8. Okt. in Millionen Mark: Weizen 1040—1060, Roggen 970—990, Gerste 950—1025, Hafer 700—720, Weizenmehl 4000—4400, Roggenmehl 3800—4300, Kleie 450—475, Raps 1500.

Vom Eiermarkt. Berliner Markt 7,5—8, Sächsischer 7—7,5, Oberrheinischer 7—7,5, Schlesischer Markt 6,5—7, Süddeutscher 5,5 bis 6,5, Westdeutscher Markt 7—8 Millionen f. d. St.

Märkte

Gräßheimer Schweinemarkt, 8. Okt. Bei einer Zufuhr von 40 Käufern und 745 Mischschweinen kosteten bei lebhaftem Handel ein Paar Käufer 1,4 bis 3,2 und ein Paar Mischschweine 600 1600 Millionen.

Reitweil, 8. Okt. Dem Schweinemarkt waren 207 Misch- und 2 Käuferweine zugeführt. Bei lebhaftem Handel wurde alles verkauft. Bezahlt wurden für ein Paar Mischschweine 700 bis 1000 Millionen, für Käufer 2 1/2 Millionen.

Rottenburg, 8. Okt. Hopfen. Am Freitag wurde eine Partie Hopfen der Jenker zu 14 Milliarden verkauft.

Devisenkurse

Berlin	5. Oktober		8. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	235410000	235500000	329175000	330825000
Belgien	287255000	298745000	418950000	431050000
Norwegen	941640000	94 800000	1316700000	1323000000
Dänemark	1057350000	1062650000	1489275000	1493700000
Schweden	1586025000	1593975000	2214450000	2225550000
Italien	267230000	267870000	375020000	37 940000
London	27231750000	27362500000	37905000000	38085000000
Neupost	5555000000	6015000000	8359050000	8400050000
Paris	353115000	354855000	498750000	501250000
Schwyz	1071315000	1076685000	1499250000	1503750000
Spanien	807975000	812025000	1127175000	1132820000
D.-Osterr.	8379	8421	11770	11830
Prag	177555000	178445000	247380000	249820000
Ungarn	31920	32090	44388	44612
Argentin.	1945050000	1984950000	2753100000	2765900000
Tokio	2892750000	2907250000	4139820000	4160370000

Das Wetter

Unter dem Einfluß westlicher Strömungen ist am Mittwoch und Donnerstag nachkaltes Wetter zu erwarten.

Sport

Sport vom 7. Oktober

Bezirksliga:

SpV Feuerbach — Adlers 0:4.
 FK Pforzheim — Phönix Karlsruhe 2:0.
 FK Freiburg — FC Mühlbach 0:1.

Kreisliga:

Eintracht Stuttgart — St. Lura- und Sportfreunde 1:0.
 Pfeil Galsburg — VfB Stuttgart 1:1.
 Söb. FK — Germania Gmünd 1:2.
 SpVag Prag — FC Jassenhausen 1:1.
 TuSpV Schlingen — SpV Reutlingen 1:1.
 1. FK Birkenfeld — TSV Heilbronn 4:1.
 Jubiläumsspiel des MTV Stuttgart — VfL St. 0:1.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Ortspolizeibehörden werden auf die im Staatsanzeiger Nr. 233 veröffentlichte Bekanntmachung des Arbeits- u. Ernährungsministeriums, betr. Kleinhandelspreise vom 4. Okt. 1923 sowie auf die Richtlinien des Polizeipräsidenten für die Anbringung von Preischildern und Preisverzeichnissen besonders hingewiesen und angewiesen, diese Vorschriften nachdrücklich durchzuführen und ihre Durchführung durch öfters zu wiederholende Nachprüfungen zu sichern.

Nagold, den 8. Oktober 1923.
 804 Oberamt: Müng.

Kartoffelversand.

Nach einer Verfügung des Ernährungsministeriums und der Landesversorgungsstelle darf vom 8. Oktober ab der Versand von Kartoffeln in ganzen Wagenladungen auf der Bahn nach Orten außerhalb Württembergs nur noch auf Grund eines amtlich gestempelten Frachtbrieft und bei Beförderung mittels Schiffs nach Orten außerhalb Württembergs nur noch auf Grund eines amtlichen Beförderungsscheins erfolgen. Die Stempelung der Frachtbrieft und die Ausgabe der Beförderungsscheine geschieht durch die Landesversorgungsstelle, Verwaltungsabteilung in Stuttgart. Die Inkraftsetzung des Stempelzwangs auch für den innerwürttembergischen Verkehr bleibt zunächst vorbehalten.

Die Nummer 233 des Staatsanzeigers kann auf den Rathäusern eingesehen werden.

Nagold, den 8. Oktober 1923.
 805 Oberamt: Müng.



HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNTERAMERIKA LINIE INC

Nach

NORD-, ZENTR.- UND SÜD-AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Raucherakt. Eratklasse Salen- u. Kajütendampfer

Eine wissenschaftliche Abfahrt von **HAMBURG NACH NEW YORK**

Auskünfte und Drucksaaten durch **HAMBURG-AMERIKA LINIE**

NAGOLD und deren Vertreter in:
 Nagold: Friedrich Schmid.

Besitzen Sie schon das neue Organisationssteuerbuch?

Es enthält alle Aufzeichnungen, die der Landwirt, oder der Gewerbetreibende machen muß, um Konflikt mit dem Finanzamt zu vermeiden, in übersichtlicher Form und bietet für 2 Jahre Raum.

Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Inventurabschluss ohne Buchführung. Besorgen Sie sich das Buch gleich! Die Preise steigen. Steils vorrätig bei

Buchhandlung Zaiser, Nagold.

Jedermann
 ob Zeitungleser, Geschäftsmann od. Landwirt
braucht ein Fremdwörterbuch
 in Taschen-Ausgabe.
 Vorrätig bei
Buchhandlung Zaiser Nagold.

Glückwünsche
 Kabnationaln Witzblatt

Selt dem Jahre 1848 lacht der Kladderadatsch über die Dummheit und Schwachs der Zeitgenossen und kämpft lächelnd Antikes mit den Waffen des Humors und der Satire d. h. mit Feder und Bleistift gegen alles Faule auf politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiete. Jede einzelne Nummer trägt zu einer im Spiegel der Karikatur und Satire gesehener Chronik der Weltereignisse bei.

Probenummern und Bestellungen durch
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

für 18 Pfund Weizen
 oder 75 Pfund Kartoffeln
 oder 30 Eier
 oder 3 Pfund Butter
 erhalten Sie den

„Gesellschafter“

das ganze Vierteljahr Oktober-Dezember.

Bei dieser Bezugsart ist jegliche Nachforderung ausgeschlossen.

Achtung
 Hausfrauen von Nagold und Umgebung!
 Im Gasth. z. 3 B w e n werden heute u. morgen **alle Sorten Lumpen** aufgekauft. Hauslumpen, ohne Kupfen, das Alts 4 Millionen, Wollegestrich, ohne Befag, das Alts 16 Millionen. Bei Ablieferung von 5 Alts erhält jedes Kind ein Geschenk.

Schempp & Endel
 aus Stuttgart.

steht fest

und das genügt.
Mey's Stoffkragen
 sind die **hygienisch einwandfreiesten**
 Wenn unsauber werden sie fortgeworfen, Sie sind trotzdem die **billigsten**

Versuchen Sie auch Qualität B mit Leinwandprägung, welche etwa 1/2 billiger ist.

Hauptverkaufsstelle: 1851
G. W. ZAISER, Nagold.

Gebetbücher
 vorrätig bei G. W. Zaiser, Buchhandlg., Nagold.

